Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 119 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 24. Mai 1932

Die Reform der Arbeitslosenversicherung.

„In Anbetracht der Maßnahmen, die mit Bezug auf Steuern und Ausgaben in den vier in den beiden letzten Jahren erlassenen Notverordnungen, namentlich in der letzten vom 8. Dezember, getroffen worden sind, ist der Ausschuß der Auffassung, daß die Steuerlast so groß geworden ist, daß für eine weitere Erhöhung kein Spielraum mehr bleibt." Der Ausschuß, der diese in einem nicht gerade erfreulichen Deutsch verfaßte Feststellung über die Steuerbelastung in Deutschland gemacht hat, war der Baseler Sonderausschuß in seinem bekannten Bericht vom Dezember 1931. Er ist für unsere Reparationspolitik eine gute Waffe, auf ihn stützt sich die deutsche Erklärung, Tribute nicht mehr zahlen zu können und eine Revision verlangen zu müssen. Seitdem hat sich die Wirtschaftslage Deutschlands noch erheblich verschlechtert, ist also eine Erhöhung der Steuern „ökonomisch" noch unmöglicher geworden. Trotzdem soll sie jetzt sogar in einem recht drastischen Ausmaß versucht werden. Und wie seit nun schon fast vier Jahren ist die unterstützende Arbeitslosenhilfe dieser Markstrom, der immer neue Milliarden aus den öffentlichen Einnahmen wegsaugt.

Kurz seien zwei Maßnahmen gestreift, die angeblich durch die bevorstehende Notverordnung getroffen werden sollen: Verkürzung der Unterstützungsdauer bei der Arbeitslosenversicherung auf 13 Wochen und — wenn das entsprechende Verlangen der Städte durchgeht — Abschaffung der Aussteuerung arbeitsfähiger Arbeitsloser durch die Krisenfürsorge. Mit der ersten Bestimmung wird die Leistungsdauer der Versicherung auf ein Vierteljahr und damit auf den vierten Teil desjenigen Zeitraumes herabgesetzt, der ursprünglich vorgesehen war, als die Arbeitslosenversicherung vor fünf Jahren geschaffen worden ist. Immer mehr hat also dieser Versicherungsgedanke gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Gefahren der Arbeitslosigkeit an Betätigungsmöglichkeit verloren. Und die zweite, oben angedeutete Bestimmung, die noch dadurch ergänzt wird, daß den Gemeinden auch das ihnen bisher noch auferlegte letzte Fünftel der Krisenfürsorge-Kosten abgenommen werden soll, stellt diesen Teil der unterstützenden Arbeitslosenhilfe noch mehr in den Vordergrund. Und damit auch die Voraussetzung der Bedürftigkeit. Träger der Lasten für diese Krisenfürsorge ist dann ganz allein das Reich geworden. Die Arbeitslosenversicherung dürfte es nun wohl möglich machen können, ihre Leistungen in Ausgleich zu bringen mit den Einnahmen.

Aber die Reichszuschüsse erschöpfen sich ja keineswegs mit der Übernahme der Gesamtkosten der Krisenfürsorge, sondern hinzu treten noch die großen Summen, mit denen man von der Zentralstelle aus künftig den Gemeinden mehr als bisher zu Hilfe kommen will, um ihnen die Riesenlasten der Wohlfahrtsfürsorge zu erleichtern. Es werden da Summen genannt, die doch ein bißchen phantastisch klingen. Denn — und nun kommen wir in die Frage der finanziell-steuerlichen Unterbauung dieser ganzen Sache hinein — den Gemeinden wird ja die Tragung bisheriger Lasten auch künftighin auferlegt: die Bürgersteuer wird in ihrer Geltungsdauer „verlängert". Nebenbei bemerkt: Es hat wohl kaum jemanden in Deutschland gegeben, der daran geglaubt hat, sie würde wirklich am 1. Juli 1932 in der Versenkung verschwinden. Mit der Krisensteuer ist's ja gerade so oder wird es vielmehr gerade so sein; auch von ihr ist am 31. Dezember 1932 ein Verschwinden nicht zu erwarten, sondern sie wird verlängert. Und wenn nun gar noch eine besondere „Beschäftigtensteuer" hinzukommt, so ist dies ein weiterer, und zwar ein großer Schritt auf dem Wege, der mit jenen beiden andern Steuern formell oder tatsächlich eingeschlagen wird: Sondersteuern zur Aufbringung der Kosten für die unterstützende Arbeitslosenhilfe. Und zwar durch eine effektive Steuererhöhung, womit und wobei allerdings noch längst nicht gesagt ist, daß auch eine Erhöhung der Gesamtsteuereinnahmen erzielt wird! Der Baseler Sonderausschuß ist hierüber jedenfalls anderer Ansicht als jene, die offenbar glauben, daß „für eine weitere Erhöhung der Steuerlasten doch ein Spielraum bliebe".

Rings um die ursprünglich einfache Einkommensteuer ranken sich jetzt alle möglichen anderen direkten Steuern: Zuschläge, Kirchensteuer, Bürgersteuer, Krisensteuer, Beschäftigtensteuer. Was der beschränkte Untertanenverstand des unter ihnen zusammenbrechenden Steuerzahlers auch nicht so ganz zu erfassen vermag! Aber der versteht ja so vieles längst nicht mehr!

Die Eröffnung des Preuß. Landtags.

Der Kampf um die Führung in Preußen.

Mit großem Interesse sieht man in politischen Kreisen dem Zusammentritt des neuen Preußischen Landtags entgegen. Der Landtag wird zunächst einmal seine Geschäftsführung zu wählen haben. Da jedoch bisher keinerlei Verhandlungen zwischen den Fraktionen darüber stattgefunden haben, wie das Präsidium des Landtags besetzt werden soll, hält man es in unterrichteten Kreisen für möglich, daß diese Woche auch in Preußen noch keine Klärung der politischen Lage bringt. Sämtliche Fraktionen treten vor Beginn der Vollsitzung des Landtages zusammen, um zu der Geschäftslage Stellung zu nehmen.

Im Völkischen Beobachter geben

die Nationalsozialisten nochmals ihre Forderungen zur Regierungsbildung

in Preußen bekannt. Der Hauptschriftleiter des Blattes betont, daß bei nur 137 Sozialdemokraten in Preußen diese den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Kultusminister stellten, dazu die Polizeipräsidenten der Reichshauptstadt und der meisten anderen Großstädte, ferner den Landtagspräsidenten.

Diese Posten wären bei einer viel stärkeren nationalsozialistischen Fraktion das Mindeste, womit das preußische Zentrum von vornherein hätte rechnen müssen.

Die Nationalsozialisten hätten keine Eile. Die NSDAP. habe dem Zentrum Zeit zur vernünftigen Überlegung gelassen. Adolf Hitlers Worte hätten nochmals einige Türen offen gelassen, das Zentrum habe aber mit Verfälschungen geantwortet. Die Nationalsozialisten machten bei Eröffnung des Preußischen Landtags das Zentrum für alles Kommende verantwortlich. Wolle das Zentrum alles oder nichts, dann werde einmal der Tag kommen, da ganz legal auch ohne das Zentrum eine Regierung gebildet werden müsse, die dann selbstverständlich auf das Zentrum keinerlei Rücksicht mehr walten zu lassen vermöge.

Etwas unklar ist noch

die Haltung der Kommunisten,

deren Stimmabgabe nicht ohne Einfluß auf die Wahl des Landtagspräsidenten und evtl. auch Ministerpräsidenten ist. Einer ihrer Führer erklärte, daß die Kommunisten „alle Kampfmaßnahmen treffen, um den Machtantritt des Hitler-Faschismus, eine Übernahme der Regierung durch die Nazi-Terror-Organisation der Bourgeoisie, zu verhindern. Das heißt, die Weimarer Koalitionsbrüder

Neue Beratungen des Reichskabinetts.

Stellt Brüning die Vertrauensfrage?

Das Reichskabinett nahm seine Beratungen über die endgültige Formulierung der neuen Notverordnung wieder auf. Es ist damit zu rechnen, daß die Kabinettssitzungen sich auch noch über den größten Teil der Woche erstrecken werden. Da der Reichspräsident erst am Sonntag, dem 29. Mai, wieder in Berlin weilen wird, kann vorher der vor der Veröffentlichung der Notverordnung vorgesehene Vortrag Brünings bei Hindenburg nicht stattfinden. Die Bekanntgabe der Notverordnung dürfte sich daher bis Anfang nächster Woche hinzögern. Bis dahin dürften ebenfalls alle Fragen einer Kabinettsergänzung zurückgestellt sein.

In politischen Kreisen wird übrigens darauf hingewiesen, daß der geplanten Aussprache des Reichskanzlers Dr. Brüning mit dem Reichspräsidenten sehr große Bedeutung zukomme. Das offenbare sich darin, daß bereits von einer „Vertrauensfrage" die Rede ist, die Dr. Brüning an den Reichspräsidenten richten wolle. Da das Parlament gegenwärtig nicht versammelt ist und zweifellos ein besonders wichtiger Abschnitt politischer Entscheidungen bevorsteht, würde das Streben nach einer solchen Klärung nicht verwunderlich sein.

Haushaltsausschuß des Reichstages.

Gesamtplan erst zum Wochenende fertiggestellt.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat — unter Beteiligung auch der Nationalsozialisten — zu seiner ersten Sitzung nach der Pfingstpause zusammen. Da zur Zeit keine Aussicht besteht, daß die Ausschußberatungen über den neuen Reichshaushalt bald beginnen können, besprach der Ausschuß zunächst seine Arbeitspläne für die übrigen Angelegenheiten.

Auf eine Frage des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frick, wann die Haushaltsberatungen beginnen könnten, erklärte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, die Beratungen der Reichsregierung seien abgeschlossen worden. Der Haushaltsentwurf werde jetzt fertiggestellt und der Gesamtplan dem Reichsrat voraussichtlich noch in dieser Woche zugeleitet werden.

Gegen das neue Steuerprogramm.

„Kampf auf der ganzen Linie."

Das Organ der christlichen Gewerkschaften, das bekanntlich dem Reichsarbeitsminister Stegerwald sehr nahe steht, nimmt zu den neuen Steuerplänen der Regierung Stellung. Das Blatt betont, daß die Kürzung in der Invalidenversicherung unumgänglich sei, um den völligen Zusammenbruch der Versicherung zu verhindern. Das Blatt weist dann darauf hin, daß der

Grundsatz der Steuergerechtigkeit

um so mehr beachtet werden müsse, je härter der Steuerdruck werde. Wenn die Einzelheiten stimmten, die über die Steuerpläne der Reichsregierung bekannt würden, dann müsse leider die umgekehrte Entwicklung festgestellt werden. Insbesondere sei der notwendige

Umbau der Krisensteuer

durch Einbeziehung aller Einkommensteuerzahler und Beseitigung der Besserstellung der Veranlagten zu verlangen. Eine derartige Reform hätte wahrscheinlich die Verdoppelung der Bürgersteuer vermeiden lassen. Wenn die Bürgersteuer so scharf angezogen werde, dann bleibe nichts weiter übrig, als gegen diese hohe Kopfsteuer den

Kampf auf der ganzen Linie

zu eröffnen. Das Blatt übt dann weiter Kritik an der neuen Beschäftigtensteuer und betont, daß eine Beschränkung der Beschäftigtensteuer auf die Arbeitnehmer eine soziale Härte sei, die eine gefährliche Unzufriedenheit auslösen müsse. Das Blatt schließt dann mit den Worten: „Wir haben den Eindruck, daß der Einfluß des Reichsfinanzministeriums bei der Gestaltung der Steuern übermäßig groß ist und infolgedessen die sozialen Gesichtspunkte nicht genügend zur Geltung kommen. Man wundert sich darüber um so mehr, als ja der Reichsfinanzminister nicht der einzige Steuerfachmann im Kabinett ist. Die jetzt eingeschlagene Steuerpolitik muß insbesondere die Unzufriedenheit der qualifizierten Arbeiter und Angestellten erregen."

Industrielle warnen nachdrücklichst.

Der Verband Sächsischer Industrieller, Sitz Dresden, teilt mit: „Entgegen den Zusicherungen der Reichsregierung, daß weitere Steuerbelastungen nicht mehr erfolgen werden, ist aus den letzten Pressemeldungen zu entnehmen, daß neue Steuern ausgeschrieben werden sollen, deren Höhe sich noch nicht genau feststellen läßt, aber mit etwa

einer halben Milliarde

angenommen werden kann. Die Erregung innerhalb der sächsischen Industrie war schon vor Bekanntgabe der Pläne der Reichsregierung auf das höchste gestiegen, sie hat zur Bildung von Notgemeinschaften und im Anschluß daran zu großen Kundgebungen geführt, die von mehr als tausend erzgebirgischen Industriellen besucht waren. Nunmehr beginnt die Erregung in

vollständige Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit

umzuschlagen. Die Einsprüche der Wirtschaft gegen die letzten Steuererhöhungen sind zwar von amtlicher Seite mit dem Bemerken abgetan worden, es handele sich hierbei um die gewohnten Erscheinungen, die bei jeder Steuererhöhung einzutreten pflegten. Trotzdem hält es der Verband Sächsischer Industrieller für seine Pflicht, vor Durchführung der neuen Pläne nachdrücklichst zu warnen. Bei der Erbitterung, die heute allgemein in der sächsischen Industrie herrscht, werden sich aus einer neuen Steuerbelastung Gefahren für Staat und Wirtschaft ergeben, deren Ausmaß nicht zu übersehen ist."

„Arbeitslosenhilfe ist Sache des ganzen Volkes."

Gegen die geplante Beschäftigungssteuer erhebt die Vela, Vereinigung der leitenden Angestellten, als Spitzenverband der Verbände der leitenden Angestellten, schärfsten Einspruch. Hilfe für die Arbeitslosen, so wird in Telegrammen an den Reichspräsidenten und den zuständigen Reichsminister ausgeführt, ist Sache des gesamten Volkes, nicht einzelner Berufskreise. Wenn Hilfe durch organisatorische Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung nicht erreicht werden kann, sind die erforderlichen Mittel durch einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer zu schaffen. Nur ein solcher allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer wird an Stelle aller künstlichen, nur Verbitterung erregenden Sondersteuern für einzelne Berufskreise, die nach dem Prinzip des schwächsten Widerstandes ausgewählt sind, als gerecht empfunden.

Angestelltengewerkschaften für Krisensteuerumbau.

Der Gesamtverband der deutschen Angestelltengewerkschaften (Gedag) hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der die Einführung einer Beschäftigungssteuer als eine völlig unerträgliche Verschärfung der Ungleichmäßigkeit in der Belastung bezeichnet wird.

In dem Schreiben wird weiter darauf verwiesen, daß die Krisensteuer durch Heranziehung aller Einkommensbezieher und Ausgleich des Steuertarifes umgebaut werden sollte.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF